



## Enttäuschte Wähler

Seit 100 Tagen hat Frankreich einen neuen Präsidenten. Eine Bilanz. **Seiten 2 und 4**

Foto: dpa/Britta Peders

## EU-freundliche Briten

Der Konservative Chapman will eine Anti-Brexit-Partei gründen. **Seite 8**

## Vergessene Opfer

Im Gedächtnis von Migranten türkischer Herkunft spielt die Erfahrung rassistischer Gewalt eine große Rolle. Die Mehrheitsgesellschaft ignoriert dies meist. **Seite 10**

Foto: photocase/YTK

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Montag, 21. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 194

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Erdogans Angst

Velten Schäfer über den Fall Akhanli und die türkische Politik

Was in dem türkischen Auslieferungsgesuch für Doğan Akhanli stehen wird, das nun zu liefern ist, war am Sonntag unbekannt. Ebenso warten muss man auf die Entscheidung der spanischen Justiz, wenn auch seine einstweilige Freilassung für den deutsch-türkischen Schriftsteller ein gutes Omen ist.

Bereits erkennen lassen sich aber die politischen Subtexte der Affäre: Ankara lässt nicht nach in seinem Bemühen, Europa und Berlin Ärger zu machen. An der Verhaftung Akhanlis kurz nach Erdogans Aufruf zu einem Boykott der Bundestagswahl ist nur der Zeitpunkt Zufall.

Dieses Muskelspiel aber hat vor allem einen innenpolitischen Zweck: In etwas mehr als zwei Jahren findet jene Präsidentschaftswahl statt, in der Erdoğan entweder die Früchte seiner mühsam durchgesetzten Präsidentschaftsverfassung ernten oder von der Bühne verschwinden wird. Daher arbeitet er nun druckvoll an jenem Bild des unverzichtbaren, fremden Mächten die Stirn bietenden Vaterlandsvaters, mit dem er 2019 gewinnen will.

Und dabei könnte gerade sein jüngstes Ziel eine wichtige Trophäe sein: Akhanli ist zwar inzwischen ein scharfer Kritiker der AKP, war zuvor aber vor allem den Nationalisten verhasst. In deren Lager ist nun erst kürzlich eine neue Sammelbewegung um die frühere Innenministerin Meral Akşener entstanden, die Erdoğan gefährlich werden kann – anders als die sozialdemokratische CHP oder die linke HDP.

So lässt sich seine Kraftmeierei, wie oft bei »starken Männern«, auch als Angst entziffern.

## UNTEN LINKS

Der Held der Populisten, Stephen Bannon, ist zurück an seinem Bestimmungsort, der wichtigsten und einflussreichsten Nachrichtenseite der Welt. Breitbart News ist von der Amazon-Software Alexa zur 63-igsten wichtigsten Webseite in den USA gewählt worden, weshalb sie mit Abstand die beste, schönste und ehrlichste Webseite auf der Welt ist. Ist sie wirklich. Sie ist toll. Es gibt keine bessere Seite auf der Erde, denn sie sagt die Wahrheit, immer. »Wer etwas anderes behauptet, ist ein Lügner, ein Versager und schlecht im Bett«, sagt Breitbart-Chefredakteur Alexander Marlow. Kaum ist Triumphtor Stephen Bannon zurück, hat die Webseite die größte Lüge der etablierten Medien in der Geschichte der etablierten Medien entlarvt: Lukas Podolski ist gar kein Fußballspieler in Japan, sondern Leiter eines Jet-Ski-Flüchtlings-schmugglerrings auf dem Mittelmeer. »Im Kampf gegen die Fake-News-Medien ist die entscheidende Schlacht gewonnen«, so Geschäftsführer Bannon. *cod*



Fotos: Reuters/Stephanie Keith/Susana Vera; dpa/Maurizio Gambarini

## No pasarán

In Boston, Barcelona und Berlin kamen Rechtsradikale nicht durch

Berlin. »Es ist Zeit, etwas zu tun« – so hat es eine Teilnehmerin der großen Demonstration gegen Nationalisten, Antisemiten und Rassisten in Boston formuliert. Und Katie Zippis war damit nicht allein: In der US-Metropole stellten sich am Wochenende rund 40 000 Menschen einer von Rechtsradikalen angemeldeten Kundgebung in den Weg. Diese beendeten ihre Aktion angesichts der Gegenproteste vorzeitig. Der Bürgermeister von Boston, Marty Walsh, dankte später den Gegendemonstranten für ihre »Botschaft der Liebe, nicht des Hasses« und ihren Einsatz gegen den Rassismus und Antisemitismus von Verfechtern einer weißen Vorherrschaft und »Nazis«.

Boston war nicht die einzige Stadt, in der am Wochenende gegen Rechts protestiert wurde. Im Berliner Stadtteil Spandau stellten sich am Samstag hunderte Menschen einem Aufmarsch von Neonazis entgegen, die dort den NS-Kriegsverbrecher Rudolf Heß feiern wollten. Die Rechtsextremen kamen allerdings nicht weit und mussten schließlich umkehren. Zu den Protesten hatten unter anderem linke Gruppen, Parteien und Gewerkschaften aufgerufen. Die Kirche unterstützt die Aktion. Berlins Innensenator Andreas Geisel hätte den Aufmarsch zur Verherrlichung des bis zu seinem Suizid 1987 in Berlin inhaftierten Hitler-Stellvertreters am liebsten untersagt. »Ein Verbot wäre mir sehr sympathisch gewesen«, sagte der SPD-Mann. »Wir haben das sehr sorgfältig geprüft und festgestellt, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung leider auch für Arschlöcher gilt.«

Auch in Barcelona war Protest gegen Rechtsradikale erfolgreich. Nach der Terrorattacke hatten Neonazis am Rande des Ramblas-Boulevards versucht, die Trauer um die Anschlagopfer für Hassbotschaften und Propaganda gegen Geflüchtete zu instrumentalisieren. Den Rechten, die unter anderem mit Fahnen der Identitären Bewegung und der faschistischen Bewegung Falange aufgelaufen waren, stellten sich rund 200 Menschen entgegen, sie riefen »Faschisten raus aus unseren Stadtvierteln!«. Einige skandierten: »No pasarán.« Schließlich zogen sich die Neonazis unter Jubel der Menge zurück. Sie kamen nicht durch. *nd/Agenturen* **Seiten 3, 7 und 11**

## Festgesetzt und freigelassen

Madrid, Ankara und Berlin im Tauziehen um den deutsch-türkischen Schriftsteller Dogan Akhanli

Am Samstag wurde in Spanien der Autor Doğan Akhanli auf türkischen Wunsch vorübergehend verhaftet. Womöglich geht es um einen alten Fall, der auf innertürkische Konflikte deutet.

Von Velten Schäfer

Zwischen Berlin und Ankara gibt es neuen Streit um eine mutmaßlich politisch motivierte Verhaftung. Am Samstag war der linke Autor Doğan Akhanli in seinem Urlaub in Granada von der spanischen Polizei aufgrund einer von der Türkei erwirkten »Red Notice« bei Interpol festgenommen worden. Am Sonntag verfügte ein Richter in Madrid die vorläufige Freilassung des deutschen Staatsbürgers. Akhanli darf aber die Stadt nicht verlassen.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte zuvor an Spanien appelliert, einem türkischen Auslieferungsgesuch nicht stattzugeben. Nach Akhanlis vorläufiger

Freilassung zeigte er sich erleichtert: »Es wäre schlimm, wenn die Türkei auch am anderen Ende Europas erreichen könnte, dass Menschen, die ihre Stimme gegen Präsident Erdoğan erheben, in Haft geraten würden.« Er sei »sicher, dass eine Auslieferung nicht erfolgen wird«, sagte er.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) telefonierte mit Akhanli und äußerte die Hoffnung, dass dieser bald in seine Kölner Wahlheimat zurückkehren könne.

Mit einer »Red Notice« können Länder Personen international zur Fahndung ausschreiben. Nach einer Festnahme ist ein Auslieferungsbegehren nachzureichen, über das die Justiz des festnehmenden Landes zu entscheiden hat. Ein solches Gesuch lag am Sonntag noch nicht vor. Die Türkei hat nun 40 Tage Zeit, es beizubringen.

Was die türkische Justiz Akhanli genau vorwirft, ist daher

noch unbekannt. Der linke Schriftsteller hatte sich zuletzt sehr kritisch über die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan geäußert und zu empfindlichen Themen publiziert, etwa zum Genozid an den Armeniern.

»Die für meinen Fall zuständigen Staatsanwälte und Richter sollen dem nationalistischen Lager angehören.«

Doğan Akhanli, 2011

Bekannt ist auch, dass die türkische Justiz dem 1991 nach Deutschland geflohenen und später eingebürgerten Schriftsteller die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Untergrundgruppe vorwirft. 2010 war er bei einer versuchten Einreise in die Türkei

wegen einer angeblichen Beteiligung an einem blutigen Banküberfall im Jahr 1989 verhaftet worden. Damals kam er rasch aus Untersuchungshaft frei und wurde 2011 freigesprochen – was 2013 aber revidiert wurde.

Schon dieses Verfahren galt als politisch motiviert. Interessant ist dabei aber der Frontverlauf: Freigelassen worden war Akhanli damals nach Interventionen des Justizministeriums. Gegenüber dem Publizisten Eren Güvercin mutmaßte er 2011, »zwischen die Fronten« geraten zu sein: Die ihn damals verfolgenden Staatsanwälte hätten dem »nationalistischen Lager« angehört – mit dem die islamisch orientierte AKP seinerzeit in Konflikt stand.

Sollte das nun erwartete Auslieferungsbegehren gegen Akhanli also tatsächlich auf jenem alten Fall aufbauen, ist es womöglich als innenpolitisches Signal Erdogans an die einst mit ihm verfeindeten Nationalisten zu deuten.

## Kitapplatzvergabe in Berlin klappt nicht

Meldesoftware wird trotz einer Verpflichtung kaum genutzt

Berlin. Die seit einem Jahr verpflichtende zentrale Onlinemeldung von Vormerkungen für Kitaplätze in Berlin wird kaum genutzt. Nach Recherchen des »nd« nimmt nicht einmal jede vierte Kita an der verpflichtenden Maßnahme teil: Von aktuell 2510 Einrichtungen in Berlin nutzen nach Angaben der Verwaltung von Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD) gerade einmal 568 das IT-Meldesystem, mit dem die Bezirke und damit auch der Senat einen besseren Überblick über den Platzbedarf in Kitas bekommen wollen.

Ziel der seinerzeit eingeführten Digitalisierung war es vor allem, die Wartelisten-Problematik für Eltern in diesem Bereich zu ändern. Eltern und Elternvertreter hatten in der Vergangenheit immer das System der Kitaplatzvergabe und die Wartelisten kritisiert. Im Juli gab es in der Hauptstadt lediglich 1000 unbelegte Kitaplätze, im März dieses Jahres waren es noch 6000 gewesen. In einigen Bezirken und Stadtteilen der Hauptstadt gab es keine freien Plätze, aber weiter steigenden Bedarf. *mkr* **Seite 11**

## Offensive gegen IS-Bastion in Irak

Bagdads Bodentruppen greifen Tal Afar im Norden des Landes an

Bagdad. Die irakische Armee hat nach Regierungsangaben ihre seit längerem erwartete Bodenoffensive auf eine der letzten größeren IS-Bastionen im Norden des Landes begonnen. In der Stadt verschanzte Mitglieder der Terrormiliz Islamischer Staat müssten »aufgeben oder sterben«, sagte Ministerpräsident Haidar al-Abadi am Sonntagmorgen laut dem Nachrichtenkanal Al-Arabiya in einer Fernsehansprache. Am Dienstag hatte die irakische Luftwaffe damit begonnen, die Bodenoffensive mit Luftangriffen auf IS-Stellungen vorzubereiten.

Die Stadt liegt rund 70 Kilometer westlich der früheren IS-Hochburg Mossul, die irakische Sicherheitskräfte Anfang Juli nach monatelangen Kämpfen vollständig eingenommen hatten. Die Extremisten hatten bei ihrem Vormarsch vor mehr als drei Jahren große Regionen im Norden und Westen Iraks erobert. Nach zahlreichen Niederlagen kontrollieren sie dort nur noch einige Orte und Gebiete. Auch im Nachbarland Syrien steht der IS unter Druck. *dpa/nd* **Seite 7**

## Bei Grünen sehen Linke schwarz

Streit um »Richtungsentscheidung«

Berlin. Linkspolitiker haben mit Kritik auf Äußerungen der Grünen-Kandidatin Katrin Göring-Eckardt zu möglichen Koalitionen der Zukunft reagiert. Sie wolle eine weitere Kanzlerschaft von Angela Merkel ermöglichen, sagte Linksparteichef Bernd Riexinger. Anlass sind Äußerungen Göring-Eckardts, die vom MDR mit den Worten wiedergegeben wurde, nach der Herbstwahl würden entweder Grüne oder FDP der Koalitionspartner für die CDU sein. Göring-Eckardt erwarte eine »Richtungsentscheidung« zwischen diesen beiden Optionen. Eine »Wahl zwischen Merkel oder Merkel« als Richtungsentscheidung? Die linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen nannte dies sarkastisch »kreatives Denken«.

Unter dessen wurde bekannt, dass ein Buchprojekt von Hessens CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier und dem Grünen Tarek Al-Wazir nicht wie geplant vor der Bundestagswahl erscheinen wird. Der Verlag verwies auf noch offene inhaltliche Fragen. Beobachter sahen jedoch andere Gründe – offenbar solle kein zu starkes schwarz-grünes Signal kurz vor der Wahl ausgesandt werden. *vk*

ISSN 0323-3375

